



Bettina Herlitzius

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 3 601

☎ (030) 227 – 71012

📠 (030) 227 – 76012

✉ bettina.herlitzius@bundestag.de

Absender dieses Schreibens:

Wahlkreisbüro

Franzstr. 34
52064 Aachen

☎ (0241) 450 32 011

📠 (0241) 450 06 793

✉ bettina.herlitzius@wk.bundestag.de

Offener Brief an:

den Städteregionsrat der Städteregion Aachen
den Oberbürgermeister der Stadt Aachen
die Bürgermeister der Städte und Gemeinden der
Städteregion Aachen

Aachen, 01.07.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anfang Juni stellte die Bundesregierung offiziell ihr Sparpaket der Öffentlichkeit vor. Nachdem es zuerst so schien als seien die Kommunen nicht direkt betroffen, offenbarte Minister Ramsauer nun die ganze Tragweite die alleine die Einsparungen in seinem Ressort für die Städte und Gemeinden nach sich ziehen. Die Städtebauförderung des Bundes soll um 305 Mio. Euro auf die Hälfte zurückgefahren werden, während im Bereich der energetischen Gebäudesanierung sogar noch schärfere Kürzungen vorgesehen sind.

Diese Pläne werden sich auch auf die Städte und Gemeinden der Städteregion auswirken. In Zeiten stark gebeutelter Kommunalfinzen stellt die Städtebauförderung eine der wichtigsten Möglichkeiten zur Stadtplanung dar. Wenn nun aber durch die Sparpläne der Bundesregierung sogar bereits bewilligte Projekte wieder zur Disposition stehen, verlieren die Verantwortlichen vor Ort jegliche Planungssicherheit.

Die mögliche Aussetzung oder Verzögerung von Sanierungsmaßnahmen wird die voranschreitende soziale Segregation besonders in den Vierteln mit besonderem Erneuerungsbedarf noch verschärfen. Ein zu erwartender Sanierungsstau würde insbesondere die Sozialschwachen in unserer Gesellschaft treffen.

Sollte die Bundesländer in die Presche springen und die Bundesförderung kompensieren, so steht zu befürchten, dass diese Mehrausgaben an anderer Stelle wieder auf die Kommunen abgewälzt würden; zumindest könnte kaum von tatsächlichen Einsparungen die Rede sein, sondern lediglich von einer Umverteilung der Lasten auf die niedrigeren politischen Ebenen.

Die Kürzung der Förderung der energetischen Gebäudesanierung wird ebenfalls gravierende Auswirkungen in unserer Region haben. Im Jahr 2009 wurden alleine im Gebiet des ehemaligen Kreises Aachen 1.353 Wohneinheiten mit Hilfe der KfW saniert. Deutschlandweit wurden mit Bundesfördermitteln in Höhe von 2 Mrd. Euro über Kredite und Zuschüsse der KfW Investitionen von rd. 18 Mrd. Euro im Bereich der energetischen Sanierung generiert.

Demnach zogen die Investitionen alleine Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von 3,42 Mrd. Euro nach sich. Abzüglich der 2 Mrd. Fördermittel bedeutet dies also zusätzliche Steuereinnahmen von 1,42 Mrd. Euro. Über die Maßnahmen wurden 290.000 Arbeitsplätze im Jahr 2009 gesichert oder sogar neu geschaffen. Auch hieraus sind dem Bundeshaushalt zusätzliche Einnahmen aus Lohnsteuereinnahmen und geringere Aufwendung für die Versorgung Arbeitsloser entstanden.



Bettina Herlitzius

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten

Die Einsparungen bei der energetischen Sanierung hätten demnach nicht nur soziale/arbeitsmarktpolitische und ökologische Folgen, die geförderten Sanierungen und Baumaßnahmen des letzten Jahres haben alleine zu CO₂-Einsparungen von 1,5 Mrd. t pro Jahr geführt, sondern würden den Haushalt auch mehr belasten anstatt zu tatsächlichen Einsparungen zu führen.

Selbstverständlich ist der grundsätzliche Willen der Regierung zur Haushaltskonsolidierung zu begrüßen und auch die Tatsache, dass sich das Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Sparzwängen nicht entziehen kann steht außer Frage, aber die Pläne der Regierung setzen vielfach an den falschen Punkten an. Die detaillierten Sparvorschläge der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen für den Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sind diesem Brief als Anhang beigefügt.

Angesichts der drohenden katastrophalen Auswirkungen des Sparpaketes der Bundesregierung auf die soziale, strukturelle und finanzielle Entwicklung der Kommunen bitte ich Sie Ihre Einwände gegenüber der Bundesregierung bzw. dem Ministerium zum Ausdruck zu bringen. Es kann und darf nicht sein, dass den Kommunen durch das Sparpaket erneut neuer Schaden zugefügt wird!

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Herlitzius